Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung. Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Breslauer Zeitung.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

№ 341. Montag den 9. Dezember 1850.

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Rendsburg, 8. Dezember. Die Statthalterschaft hat eine Proklamtion erlassen.

Willisen hat seine Stelle niedergelegt und wird bereits in Altona angekommen sein.

Horst ist Oberbefehlshaber.

Bremerhaven, 8. Dezember. Die Gesion hat hier geankert.

Telegraphische Korrespondenz
für politische Nachrichten, Fond-Course und Produkte.

Stuttgart, 5. Dezember. Neue Beurlaubungen angeordnet. (S. dagegen unter Deutschland den Artikel „Stuttgart, 5. Dezember".)

Paris, 6. Dezember, Abends 8 Uhr. Alle Gesandten sind zu einem Balle im Elysee geladen und erschienen. Die Geldstrafe, zu welcher „Universel" verurtheilt worden, hat die Bergpartei durch ihre Diäten von einem Tage gedeckt.

Die Berathung des Mairgesetzes ist nun im Staatsrath beendigt. Cavaignac hat gegen den Rüstungs-Kredit gestimmt.

Paris, 6. Dezember, Nachmittags 5 Uhr. 3% 58, 45. 5% 94, 45.

Madrid, 1. Dezember. Lozano übernimmt das Ministerium der Finanzen.

Der englische, holländische, belgische und preußische Gesandte verlangen von der Regierung die Regulirung der spanischen Staatsschulden.

Preußen.

Berlin, 7. Dezbr. Der Staats-Anz. enthält folgende allerhöchste Ordre:

Indem Ich dem Staats-Ministerium Meinen heutigen Erlaß an den Staats-Minister v. Ladenberg hierbei in Abschrift zufertige, will Ich Ihnen, dem Staats-Minister Frhrn. v. Manteuffel, hierdurch das Präsidium des Staats-Ministeriums interimistisch übertragen.
Potsdam, den 4. Dezember 1850.
Friedrich Wilhelm.
v. Rabe. v. Stockhausen.
An das Staats-Ministerium.

So schmerzlich es Mir auch ist, Sie aus Meinem Staats-Ministerium scheiden zu sehen, so will Ich Ihnen doch die von Ihnen wiederholentlich nachgesuchte Entlassung aus Ihrem Amte nicht versagen, und werde Ihnen dieselbe, sobald Meine Entschließung wegen Ernennung Ihres Nachfolgers gefaßt sein wird, unverzüglich ertheilen. Bis dahin erwarte Ich, daß Sie die nicht politischen Geschäfte Ihres Ministeriums fortführen werden. Von dem Ihnen interimistisch übertragenen Präsidium des Staats-Ministeriums will Ich Sie schon jetzt entbinden und habe dies dem Staats-Ministerium bekannt gemacht.
Potsdam, den 4. Dezember 1850.
Friedrich Wilhelm. v. Manteuffel.
An den Staats-Minister v. Ladenberg.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, den bisherigen Landraths-Amts-Verweser v. Köller, den bisherigen Regierungs-Assessor Movius, den bisherigen Landraths-Amts-Verweser v. Reitzenstein und den bisherigen Regierungs-Assessor v. Herzberg zu Landräthen zu ernennen.

Abgereist: Se. Excellenz der Staatsminister a. D. v. Bodelschwingh, nach Velmede.

(Militär-Wochenblatt.) v. Frorcich, Oberst u. 2. Komd. von Neisse dem Gen. Komdo. des VI. Armeekorps zur Verwendung als stellvertretender Ldw. Brig.-Kommandeur z. Dispos. gestellt. v. Berge u. Herrendorff, Oberst-Lieut. u. Komdr. des 3. Art. Regts., mit Wahrnehm. der Stelle als 2. Komdt. von Neisse beauftragt. v. Gersdorff, Major u. 2. Komdt. v. Glogau zum Komdt. von Glaz ernannt. v. Thümen, Gen. Major u. Komdr. der 9. Div. von dem Verhältniß als int. 1. Komdt. von Glogau entbunden. Leo, Gen. Mojor, beauftragt mit Führung der Geschäfte des allg. Kriegs-Depart., zum Komdt. von Glogau ernannt. v. Wangenheim, Gen. Major u. Inspekt. der 1. Ing. Insp., mit Führung der Geschäfte des allg. Kriegs-Depart., v. Prittwitz, Oberst, aggr. dem Ing. Korps, mit Wahrnehmung der Geschäfte der 1. Ing.-Insp. beauftragt. v. Selasinski, Gen. Lieut. u. Direktor der Ober-Milit.-Exam.-Kommission, beauftragt, die Stelle des Gen. Insp. des Milit.-Erziehungs- und Bildungswesens, bis auf Weiteres mit wahrzunehmen. Thielmann, Pr. Lt. vom 18. Inf. Reg., von dem Komdo. bei der Ritterakademie in Liegnitz entbunden, u. tritt zum Reg. zurück. Fürst Herrmann zur Lippe-Detmold, als Sec. Lt., ohne Gehalt, à la Suite des 3. Hus. Regimts. angestellt. v. Franck, Pr. Lt. (m. Hauptms. Char.) von der 6. Gend. Brig., zum Hauptmann ernannt. v. Hartmann, Hauptm. v. Generalstabe d. VIII. Armeekorps, komdrt. beim Milit.-Gouvernement am Rhein u. in Westfalen, vorläufig zum großen Generalstabe, Mauve, Hauptm. v. großen Generalstabe, komd. beim Armeekorps in Baden, zum Generalstabe des VIII. Armeekorps versetzt. v. Hugo, Pr. Lt. v. 17. Inf. Reg., auf 1 Jahr zur Dienstl. als Erzieher beim Kadettenkorps kommandirt. — Bei der Landwehr. Benecke v. Gröditzberg, Sec. Lt. von der Kav. des 1. Bat. 7. Regts., als überz. Sec. Lt. ins 4. Kür. Reg. versetzt. Fürst Karl v. Lichnowski, als Rittm. à la Suite des 22. Ldw. Kav. Reg., ohne Gehalt angestellt. Malotki v. Trzebiatowski, Oberst u. Komdt. von Glaz mit der Unif. des 26. Inf. Reg. mit den vorschr. Abz. f. V. u. Pension in den Ruhestand versetzt.

Das Milit.-Wochenblatt bringt einen **Staatsministerialbeschluß, nach welchem für aktive Militärpersonen des Soldatenstandes ohne Unterschied der Charge der Aufenthalt an dem ihnen dienstlich angewiesenen Ort für sich allein nicht genüge, den Wohnsitz zu konstituiren und somit die Gemeindemitgliedschaft und in deren Folge die Theilnahme an den Gemeinderechten und Gemeindelasten zu begründen.**

[Das neueste Justizministerialbatt] enthält zwei Entscheidungen des königl. Ober-Tribunals vom 6. und 13. v. M., welche für die jetzigen Verhältnisse von besonderem Interesse sind. Es handelt sich darin nämlich um die Frage: **ob die Verfassung des deutschen Bundes noch jetzt als fortbestehend zu betrachten, und ob demgemäß die Strafgesetze, welche den Angriff gegen den deutschen Bund betreffen, noch ferner anzuwenden seien.** Das Ober-Tribunal hat beide Fragen bejaht. Da es für die Leser von Interesse sein wird, die Gründe dieser wichtigen Entscheidung kennen zu lernen, so lassen wir dieselbe hier in gedrängter Kürze folgen. In dem Erkenntnisse vom 6. v. M. heißt es in dieser Beziehung:

Man muß zwar zugeben, daß mit dem Beschluß der Bundesversammlung vom 12. Juli 1848 und mit dessen effektiver Vollziehung eine wesentliche Veränderung in dem Bundes-Organismus eingetreten ist, insoweit als dadurch die verfassungswidrigen Befugnisse und Verpflichtungen der Bundesversammlung „einer provisorischen Regierungsgewalt" beziehungsweise „dem Reichsverweser" übertragen wurden und die Bundesversammlung selbst thatsächlich sich auflöste. Allein weder ausdrücklich noch thatsächlich ist es von den deutschen Regierungen, welche die eigentlichen Bundesglieder waren, bei dieser Angelegenheit ausgesprochen, daß nunmehr der deutsche Bund selbst erloschen sei, und eben so wenig ist das verfassungsmäßige Rechtsverhältniß der Mitglieder des Bundes und ihrer Staaten unter einander aufgehoben worden. Auch nachher ist dies nicht geschehen. In der Berufung der Frankfurter National-Versammlung lag es an sich nicht, den Bund und die Bundesverfassung sofort außer Wirksamkeit zu setzen, und die von ihr beschlossene Reichsverfassung vermochte dies gleichfalls nicht, so lange das Reich nicht nach dieser Verfassung zu Stande gebracht war.

Noch bestimmter spricht sich das Erkenntniß vom 13. v. M. aus; es heißt darin:

Man muß zwar anerkennen, daß die Verfassung des deutschen Bundes, so weit sie in der Bundesversammlung konzentrirt war, durch den Beschluß vom 12. Juli 1848 zu existiren aufhörte. Keineswegs aber läßt sich behaupten, daß damit der Bund selbst, d. h. die vertragsmäße Verpflichtung der deutschen Regierungen und ihrer Staaten eine völkerrechtliche Vereinigung zur Erhaltung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der deutschen Staaten, so wie der inneren und äußeren Ruhe und Sicherheit Deutschlands zu bilden und zu sein, aufgehört habe. Auch ein Staat hört nicht auf zu existiren, wenn gleich seine bisherige Verfassung gestört und eine neue Verfassung noch nicht konsolidirt ist. Die Verfassung ist nicht der Staat selbst, vielmehr bleibt die Identität des Staates unter jeder Verfassung. In gleicher Weise ist die Forteristenz eines unauflöslichen Bundes, wie der deutsche geschlossen ist, unter den verschiedensten Verfassungszuständen denkbar. In der That existirte auch das Bundesverhältniß im Jahre 1849 noch immer fort, wie vielfältige Vorgänge beweisen, wenn auch mit einem anderen Organiswus, als ihn die Bundesgesetze geregelt hatten, nämlich nach dem Einverständnisse aller Regierungen zuerst in Verbindung mit der provisorischen Centralgewalt und dem Reichsverweser, dann unter der gemeinsamen Leitung von Oesterreich und Preußen.

Ein königlicher Erlaß vom 16. November bestimmt, in Verfolg der Mobilmachnng des Heeres, in Ausführung des § 25, Th. II des Militair-Strafgesetzbuches über die Militär-Rechtspflege in Kriegszeiten. Danach treten nach vollendeter Kriegsformation die mobilen Armee-Corps unter die für den Kriegszustand ertheilten gesetzlichen Vorschriften. Den betreffenden Truppentheilen wird das bei Trommelschlag oder Trompetenschall kundgemacht. Die höhere Militärgerichtsbarkeit wird bei den mobilen Armee-Corps von den Commandeurs der Divisionen und dem Commandeur der Reserve-Artillerie ausgeübt. Nur über die zu diesem Corps gehörigen Personen, welche unter keinem der vorbezeichneten Befehlshaber stehen, gebührt die Ausübung der höheren Gerichtsbarkeit dem kommandirenden General, welcher in gewissen Straffällen die Untersuchung und Aburtheilung einem Divisionsgericht im Bereiche des Armee-Corps oder dem nächsten Garnisonsgericht übertragen kann. Fremde Kundschafter sind, nach landrechtlicher Bestimmung, kriegsrechtlich zu behandeln. Das Kriegsgericht wird in solchen Fällen ebenso wie über einen Soldaten besetzt. Hält der kommandirende General eines mobilen Armee-Corps den Eintritt eines außerordentlichen Gerichtsstandes für nöthig, so hat er dies zu verordnen und im Namen des Königs öffentlich bekannt zu machen. Hinsichts des Rechts der Divisionaire und Commandeure der Reserve-Artillerie zur Bestätigung kriegsrechtlicher Erkenntnisse bewendet es bei den bestehenden Vorschriften. Die stellvertretenden kommandirenden Generale in den Provinzen üben die Militärgerichtsbarkeit über die im Corpsbezirk befindlichen Militärs aus, welche nicht unter der Gerichtsbarkeit der Befehlshaber mobiler Armee-Corps oder den Kommandanten stehen. Wird eine Provinz vom Feinde bedroht, so hat der stellvertretende kommandirende General den Corpsbezirk, und jeder Kommandant einer Festung im Bereiche der Provinz die ihm anvertraute Festung mit ihrem Rayonbezirk in Belagerungszustand zu erklären. Sobald dies geschehen, treten die Vorschriften der Verordnung vom 10. Mai 1849 in Kraft. In den Fällen, in denen auf Todesstrafe lautende kriegsrechtliche Erkenntnisse die Bestätigung des kommandirenden Generals erhalten haben, sind Begnadigungsgesuche nur dann zur königlichen Entscheidung zu bringen, wenn der kommandirende General nach seiner gewissenhaften Ueberzeugung die sofortige Strafvollstreckung weder im allgemeinen Staatsinteresse, noch zur Aufrechthaltung der Disziplin für durchaus nöthig erachtet.

Berlin, 7. Dez. Die Verhandlungen wegen der Vervollständigung des Ministeriums scheinen noch zu keinem Resultat geführt zu haben. Hr. v. Uechtritz soll das Portefeuille des geistl. Ministeriums abgelehnt haben und auch Hr. Oberpräs. v. Witzleben aus äußeren Gründen wenig geneigt sein, die erledigte Stelle einzunehmen. Der zeitige Regierungs-Präsident v. Raumer in Frankfurt wird jetzt bestimmter als der Nachfolger des Herrn v. Ladenberg genannt. — Uebereinstimmenden Nachrichten zufolge würde Graf v. Alvensleben nur in dem Falle mit der Vertretung Preußens in den freien Konferenzen, deren Beginn jetzt auf den 18. d. M. festgestellt sein soll, beauftragt werden, wenn Hr. v. Manteuffel nicht selbst dieses wichtige Amt übernimmt. Das Letztere würde eintreten, wenn auch Fürst Schwarzenberg persönlich Theil nehmen würde. (C. Z.)

Heute Vormittag 10 Uhr trat der Ministerrath im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten zusammen. — Vorgestern traf von Wien hier eine Depesche ein, in welcher die österrechische Regierung mittheilt, **daß Baiern und Würtemberg an sie das Verlangen gestellt haben, den „freien Konferenzen" in Dresden die Beschlüsse von Warschau und Bregenz zum Grunde zu legen.** War von Würtemberg und Baiern wohl kaum anders zu erwarten. (N. P. Z.)

Im ersten Kösliner Wahl-Bezirk ist an Stelle des ausgeschiedenen Kaufmanns Görs zu Stolp der Landschaftrath Kraatz auf Wintershagen zum Abgeordneten für die zweite Kammer gewählt worden.

Am 5. d. Mts. kamen hier 484 Personen an und reisten 450 ab. Angekommen: der königl. großbrittanische Kapitain und Kabinets-Kourier Riddell von London und der k. k. österreichische Kabinets-Kourier Prafetti von Wien. — Abgereist: der französische Kabinets-Kourier d'Agiout nach Dresden und der königl. schwedische Gesandte v. Maasbach nach Hamburg.

Pleschen, 4. Dezbr. [Keine Russen!] Glaubwürdige, so eben aus der Gegend von Warschau angekommene Reisende versichern, daß von einem Heranziehen russischer Truppen nach der preußischen Grenze keine Spur vorhanden ist. Hiernach erscheinen die in neuerer Zeit in verschiedenen Blättern enthaltenen Mittheilungen über dergleichen Truppenbewegungen völlig unbegründet. Dieselben Reisenden versichern zugleich, daß gegenwärtig im Königreich sehr wenig russisches Militär vorhanden ist, indem viele Regimenter wegen der in Polen herrschenden Theuerung in die angrenzenden russischen Provinzen verlegt worden sind. (Posen. Z.)

Torgau, 2. Dezbr. [Militärisches.] Sollte es noch zum Kriege kommen, so wird wahrscheinlich Sachsen der Hauptschauplatz desselben werden. Die Rüstungen werden deshalb hier in ganz besonders ausgedehntem Maße betrieben. Alle Ortschaften in unserer Nähe sind bereits mit Truppen gefüllt, und täglich dehnt sich die Kette, mit der die Grenze umzogen wird, weiter aus. Da die meisten dieser Truppen Torgau berühren, um hier ihre letzte Bestimmung zu erhalten, so entsteht dadurch ein so reges Leben, als nur je in einem Hauptquartier stattgefunden hat. Täglich erscheinen neue Uniformen, und abwechselnd finden und trennen sich alte und neue Bekannte. Ein Uebelstand ist freilich die hiervon untrennbare Ueberfüllung des kleinen Ortes, so daß man nur mit der größten Mühe ein Plätzchen zum Schlafen und einen Stuhl bei Tische erhalten kann. Ein komisches Schauspiel bieten dagegen die Mannschaften, aus denen bereits für alle Nothfälle die Ersatz-Bataillone der zum unmittelbaren Felddienst bestimmten Regimenter gebildet werden. Aus allen Gegenden unseres engeren Vaterlandes zusammen kommend, zum Theil in fremden Zungen redend, halb ausgediente Soldaten, halb Rekruten, scheinen diese disjecta membra dem Laien sich nimmermehr zu dem harmonischen Ganzen zusammenfügen zu können. Der Militär freilich weiß aus Erfahrung, wie schnell alle diese Ungleichheiten fallen, sobald erst Eine Uniform alle Leiber deckt. Bis jetzt aber, wo die Leute in ihren Civil-, und zwar in ihren Civil-Reisekleidern erscheinen, glaubt man bei dem Appel dieser Ersatz-Bataillone eher eine Maskerade als eine Militär-Versammlung zu sehen. (Köln. Z.)

Von der preuß. Weser, 30. Novbr. [Militärisches.] Als Verbindungsglied zwischen dem rheinisch-westfälischen Armee-Corps, welches der Prinz von Preußen befehligen wird und dem thüringischen Corps unter Wrangel, wird im Ravensbergischen ein Observations-Corps von 60,000 Mann, befehligt vom General Chlebus unter dem Oberfehl des Prinzen von Preußen, zusammengezogen. In die Festung Minden kommen 6 bis 8000 Mann zu liegen; das Hauptquartier aber kommt nach Neusalzwerk (Bad Oeynhausen), wo die vielen für Badegäste eingerichteten Lokale als Quartiere benutzt werden sollen. Die Umgebung der Festung ist zum Theil schon rasirt. Zur Vollendung der Verpallisadirung sind bereits die nöthigen Eichenblöcke auf Weserkähnen von Hörter aus unterwegs. (Elberf. Z.)

Deutschland.

** **Kassel,** 5. Dezbr. [Widersprüche.] Mit dem gestrigen Abendzuge der Eisenbahn von Bebra kamen an 30 kranke preußische Soldaten hier an, welche in das Militärhospital gebracht wurden. Man hat das Lazareth zu Hersfeld geräumt, um Raum für „Verwundete" zu erhalten. Beim Abgang von Hersfeld war noch nichts vorgefallen. Man erwartete einen Angriff Seitens der Baiern, welche im Vorrücken begriffen sind. Die Truppenbewegungen dauern ununterbrochen auf der Eisenbahn und auf der Heerstraße fort. So weit haben wir unsern Bericht von gestern zu ergänzen. Heute sieht es wieder ganz anders aus. Preußen ist seinem Worte getreu geblieben; es ist bis an die Grenze des Möglichen gegangen und schreitet nun wieder rückwärts, die preußischen Waffen senken sich vor den bairischen. So hat es Manteuffel von Anfang an beschlossen und so hat er es jetzt befohlen. Damit aber die preußischen Krieger nicht zu sehr gekränkt werden, wird den Baiern ein Luftloch bei Nieder-Aula gemacht, um so auf der Straße über Ziegenhain statt über Hersfeld nach Kassel marschieren zu können. Daß diese Nachricht den furchtbarsten Eindruck hervorgerufen, brauchen wir nicht auszusprechen. Von Vielen wurde sie noch bezweifelt, weil man noch immer annahm, es werde doch wohl noch einige Scheu vor dem preußischen Volke existiren, bis uns leider die Vertagung der Kammern zu Berlin, nur zu sehr die Gewißheit von dem brachte, was uns bevorsteht. — Der Stadtrath hat seine Aufgabe diesmal richtig erkannt. Die verlangte Adresse an den Kurfürsten ist entschieden abgelehnt worden und die, welche von einigen höhern Beamten zur Unterzeichnung in Zirkulation gesetzt wurde, ist wegen Mangel an Theilnahme zurückgezogen worden, sie wird demnach nicht an ihre Bestimmung gelangen. Die Aufregung, welche sie hervorgebracht hatte, war groß. Unumwunden sprach man sich dahin aus, daß der Kurfürst seine Residenz freiwillig verlassen habe und eben so auch zurückkehren möge. Eine Einladung sei unnöthig und somit fallen wir, aber wir fallen doch nicht entehrt. Der Wohlstand, die Freiheit, Alles, Alles wird vernichtet werden, aber die Ehre des hessischen Volkes ist gerettet. Das preußische Volk und in und mit ihm sein Heer mögen uns wenigstens bemitleiden, wenn sie uns nicht beneiden.

[Der D. Allg. Ztg. wird unterm selben Datum Abends] folgendes aus Kassel berichtet: „Wir befinden uns über unsere nächste Zukunft noch ebenso im Dunkel wie gestern; denn es ist unmöglich, aus den widersprechendsten Nachrichten und Thatsachen eine klare, vernünftige Ansicht zu gewinnen. Daß Hr. v. Manteuffel in Olmütz auch in Bezug auf die Wirren bei uns den österreichischen Forderungen in allem irgend Wesentlichen nachgegeben, daß der König und sein Ministerrath die olmützer Verabredungen genehmigt hat, und daß selbst die zweite Kammer in Berlin die vollendete Thatsache nicht rückgängig machen konnte; das Alles liegt freilich klar vor uns. Aber wir vermögen Das, was in Bezug auf die preußischen Truppenmärsche in unserer Nähe thatsächlich geschieht, damit nicht zusammenzureimen. Heute sind zwei Truppenconvois, von Karlshafen kommend, hier durchgegangen, die Truppen sind aber nicht ausgestiegen, sondern unmittelbar vom Bahnhofe mit andern Lokomotiven nach Bebra und Hersferd weiterbefördert worden. Quartiermacher vom 17. Landwehr-Infanterieregiment und von einem Ulanenregiment sind am heutigen Tage hier eingetroffen. Noch überraschender ist aber, daß die preußischen Militärbehörden auf dem Lande bis sechs und sieben Stunden von Kassel, nach Wolfhagen und Hofgeismar zu, gegen 20,000 Mann Truppen angesagt haben, die bis zum 14. Dzbr. eintreffen sollen. Diese Nachricht kann ich als positiv bezeichnen. Die Verwaltungsämter des hiesigen Bezirks haben von der preußischen Militärbehörde die Weisung erhalten, für Bequartierung dieser Truppenmassen Sorge zu tragen. — Neben diesen Thatsachen nehmen sich die hier umlaufenden Nachrichten und Gerüchte ganz besonders aus. Daß bei Hersfeld an einen feindlichen Zusammenstoß nicht zu denken, ist nach den Erklärungen des Hrn. v. Manteuffel klar, und heute von dort hierher gelangte Nachrichten setzen es außer Zweifel. Aber merkwürdig ist es, daß die preußischen Truppen auch über Kassel eiligst Hersfeld zuziehen, und daß wir hier über die Stellung der Baiern ganz ohne sichere Nachrichten sind. In einigen Kreisen wurde auf Grund eines Briefes, der hier eingetroffen sein sollte, bestimmt daran geglaubt, daß die Baiern heute in Ziegenhain, einem in der Nähe der Main-Weser-Bahn zehn Stunden von hier gelegenen Städtchen, eingerückt seien, und daß sie morgen bis Fritzlar, welches Städtchen sechs Stunden von hier entfernt ist, vorrücken würden. Dies wird allerdings dadurch wahrscheinlich, daß nach frühern Nachrichten aus Fulda von dort ein Theil der bairischen Truppen über Lauterbach nach Alsfeld hin sich gezogen hat. Sie müßten also dort die preußische Etappenstraße überschritten haben. Nach einer andern Nachricht, die sich auf einen aus Bebra (der nächsten Eisenbahnstation bei Hersfeld) heute angekommenen Brief stützen wollte, sollen die Baiern gar in Bebra stehen. Diese Nachricht ist aber jedenfalls völlig ungegründet, da wir sonst mit dem um 5 Uhr Abends eingetroffenen Bahnzuge sichere Nachricht darüber erhalten hätten.

** **Kassel,** 6. Dezember. [Noch keine Lösung.] Die Nachrichten über die Truppenbewegungen bei Hersfeld bestätigen sich vollkommen. Die Verschanzungen des preußischen Heeres daselbst werden einst dieselbe Bedeutung wie das Gefecht bei Bronnzell erhalten. In Hersfeld selbst liegt nur noch ein Bataillon Infanterie und eine Batterie Artillerie, wogegen die Baiern bis Nieder-Aula vorgerückt sind, aber da Halt gemacht haben. Ob wir diese Gäste bald hier haben werden, darüber sind heute die Ansichten wieder verschieden, dagegen häufen sich die preußischen Truppenmärsche wieder sehr und so eben wird wieder eine Einquartierung angekündigt. Da die Lesearten über die Olmützer Konvention sehr verschieden sind, so wissen wir eigentlich noch gar nicht, welches Schicksal man uns bereiten will, und da es eine Unmöglichkeit ist, Hessen zu pazifiziren, da nirgends eine Spur von Unruhe zu finden ist, so können wir uns hier die Sache noch gar nicht klar machen.

Se. königl. Hoheit der Kurfürst haben allergnädigst geruht, sämmtlichen Offizieren der kurh. Armee, welche ihren Abschied nicht verlangt haben, das Ritterkreuz des Hausordens vom goldenen Löwen mit den Schwerdtern zu verleihen. — Auch gut!

Hanau, 5. Dez. [Verfügung.] Auf berichtliche Vorlage des kurfürstlichen Kommissars, Staatsrath Scheffer zu Fulda, wegen persönlicher Haftung der Gerichtsbeamten in Betreff des durch ihre Renitenz dem Staatseinkommen verursachten Schadens, ist von kurfürstlichem Justizministerium nachfolgende Verfügung des Bundeskommissars, Grafen von Rechberg, vom 16. Nov. an sämmtliche Gerichtsbehörden des Kurfürstenthums sowie an die Beamten der Staatsbehörden bei den Gerichten erlassen worden:

Im Namen des hohen deutschen Bundes! Da ich Verzögerungen und Ungehorsam in Erledigung meiner Anordnungen an die Direktoren der Obergerichte dahier und zu Hanau für sich und im Namen der von ihnen präsidirten Gerichte, wegen Anwendung und Einziehung des gesetzlichen Stempels habe wahrnehmen müssen, so verfüge ich hiermit, daß neben den von mir bereits eingeleiteten militärischen Zwangsmaßregeln noch die persönliche Haftung der Mitglieder sämmtlicher Gerichte des Kurfürstenthums für die der kurfürstlichen Staatskasse aus ihrem Widerstand entstehenden Verluste von nun an eintreten soll. Fulda, 16. November 1850. Der Civilkommissar des Bundes. (gez.) Rechberg. (Kass. Z.)

Frankfurt a. M., 5. Dez. [Der sogenannte Bundestag bleibt in voller Kraft.] Die Kasseler Zeitung berichtet: Bezüglich der Olmützer Punktationen hören wir, daß über die Art und Weise von deren Verwirklichung in Dresden unter Zuziehung und Zustimmung aller deutschen Staaten Konferenzen eröffnet werden, mittlerweile aber, und bis diese Konferenzen zu einem bestimmten Ergebnisse geführt hätten, die **vom Bunde angeordneten Maßregeln ihren Fortgang nehmen sollen; ebenso bleibe die Bundesversammlung in ihren Rechten und Befugnissen, bis durch Uebereinkommen aller deutschen Staaten eine andere Centralbehörde geschaffen sei.**

[Verschiedenes.] Mit dem heutigen Tage hören die Durchmärsche der aus Baden zurückkehrenden preußischen Truppen auf. Es ist erfreulich, von allen Seiten zu vernehmen, daß diese Truppen überall auf das Freundlichste aufgenommen werden. Auch im Herzogthum Nassau weiß man das Benehmen der dort garnisonirenden preußischen Truppen nicht genug zu rühmen. — Die Ruhe unserer Stadt ist gestern Abend nicht gestört worden. Wir verdanken dieses der energischen und besonnenen Fürsorge der Militärbehörden. — In den nächsten Tagen wird ein baierisches Jägerbataillon unsere Stadt verlassen und durch österreichische Truppen ersetzt werden. (Frankf. J.)

Wir tragen aus einer Mittheilung der Augsb. Allg. Ztg. aus Frankfurt vom 1. Dez. Folgendes über die dortigen Verhandlungen in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit nach. „Der zum Bundeskommissär in Holstein designirte hannoversche Geheimerath v. Hammerstein hat am 27. v. M. Frankfurt verlassen und ist nach Hannover zurückgekehrt. Zweck seiner Anwesenheit war, der Berathung seiner Instruktionen beizuwohnen, welche von dem für die holsteinsche Angelegenheit von der Bundesversammlung niedergesetzten Ausschuß ausgearbeitet worden sind. Da dieser Zweck erfüllt ist, hat Herr v. Hammerstein sich nach Hannover zurückbegeben, um demnächst von dort aus, sei es mit einer Exekutionsarmee oder ohne eine solche (die Instruktionen sollen, wie ich höre, auf beide Möglichkeiten gerichtet sein) sich nach Holstein zu verfügen. Die Instruktionen sind, wie erwähnt worden, fertig berathen, aber der Bundesversammlung noch nicht zur Genehmigung vorgelegt, an der Genehmigung derselben ist aber wohl nicht zu zweifeln. Wie ich mit Bestimmtheit höre, ist der Beschluß der Exekution von der Bundesversammlung noch nicht gefaßt worden. Derselbe ist von dem holsteinschen und dem Exekutionsausschuß vorbereitet, auch hat die reaktivirte Bundesmilitärkommission (an deren Spitze der k. k. österreichische General v. Schmerling, ein Bruder des Ministers, steht) dem Vernehmen nach bereits Gutachtin über den militärischen Theil der etwaigen Exekutionsmaßregeln ausgearbeitet. Der Beschluß der Exekution ist daher in solcher Weise vorbereitet, daß derselbe jeden Augenblick gefaßt werden kann."

Weiter wird über die schon öfter erwähnte letzte Verhandlung mit der Statthalterschaft berichtet: Die Statthalterschaft hat nicht um Absendung eines Bundeskommissars ersucht, sondern es ist von ihr nur folgendes Schreiben an ihren Bevollmächtigten in Frankfurt, Herrn Stemann, ergangen: „Aus ihren Berichten ist ersehen worden, daß die diesseitige Antwort auf das im Namen des deutschen Bundes erlassene Schreiben vom 30. v. M. in Frankfurt eine Auffassung gefunden hat, welche die Deutung zuläßt, als sei die Statthalterschaft einer friedlichen Ausgleichung abgeneigt. Ich darf diese Auffassung als eine irrthümliche bezeichnen; die Statthalterschaft glaubt vielmehr in der Antwort vom 5. d. M. in unverkennbarer Weise ausge-

sprochen zu haben, daß sie auf geeigneter Grundlage den Frieden lebhaft wünscht. Der Statthalterschaft würde es erwünscht sein, von Seiten einer deutschen Macht die Vermittelung des Friedenswerkes eingeleitet zu sehen. Durch solche Einleitung würde man sich diesseits in der Voraussetzung bestärkt fühlen dürfen, daß die zur Förderung der Verhandlungen angemessene Einstellung der Feindseligkeiten zunächst einen thatsächlichen Zustand herbeiführen werde, welcher in höherem Maße, wie der gegenwärtige, dem Rechtsverhältniß entspricht. Ein Kommissär, der zum Zwecke friedlicher Vermittelung in der eben angegebenen Weise sich hier einfinden würde, wird mit der, deutschen Regierungen schuldigen achtungsvollen Rücksicht aufgenommen werden. Es geschieht Namens und im Auftrage der Statthalterschaft, wenn ich Sie hierdurch bevollmächtige, Mißverständnisse, deren Entstehung hier bedauert wird, geeigneten Orts durch vorstehende Erklärung zu beseitigen. Kiel 19. Nov. 1850. Schleswig-holsteinsches Departement der auswärtigen Angelegenheiten. gez. Francke."

** Die Berliner ministerielle C. C. enthält folgende Nachricht aus **Frankfurt a. M.**:

Die Nachricht von dem Ergebniß der Olmützer Konferenz soll auf die in Frankfurt versammelten Bevollmächtigten deutscher Regierungen einen niederschlagenden Eindruck gemacht haben. Dieselben sollen sämmtlich sich neue Instruktionen erbeten haben, während Graf Thun die Ausführung der von Wien erhaltenen Weisungen bereits begonnen hat. Graf Rechberg ist aus Hessen abberufen und durch den Grafen Leiningen ersetzt worden.

Stuttgart, 5. Dezember. [Kriegerisches.] Diejenigen, welche hier die Befürchtungen eines deutschen Bruderkampfes aufgeben zu können glaubten, scheinen bitter getäuscht werden zu sollen. So eben sind die Befehle ertheilt worden, die Armee auf den völligen Kriegsfuß zu setzen. Am hiesigen Hofe haben die in Olmütz getroffenen Verabredungen den höchsten Unwillen erregt und, wenn man sich in der Hoffnung, diese Verabredungen rückgängig zu machen, täuschen sollte, so werden wahrscheinlich verschiedene Pläne gefaßt, schwerlich aber ausgeführt werden. Ueber unsere inneren Zerwürfnisse werden Sie aus den Zeitungen so viel Trauriges erfahren, daß wir Sie mit Mittheilungen über dieselben verschonen wollen. (Ref.)

Braunschweig, 4. Dezbr. [Rüstung.] Unser gesammtes Truppen-Kontingent ist auf vorgestern einberufen. (Hann. Z.)

Bremerhaven, 6. Dezbr. Laut Lootsenberichts ist der „Ernst August" heute aus See zurückgekommen und bei der bremer Baake geankert. Derselbe hat bis jetzt die Fregatte „Eckernförde" noch nicht auffinden können. (B. H.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 5. Dezember. Wir sahen uns neulich im Stande, ein Schreiben Seiner Hoheit des Herzogs von Braunschweig mitzutheilen, welches Zeugniß ablegte von der echt deutschen Gesinnung dieses edlen Fürsten. Wir freuen uns, heute ein Schreiben Sr. Hoheit des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha mittheilen zu können, in welchem nicht minder warme und edle Gefühle für die gerechte Sache der Herzogthümer ausgesprochen sind. Es lautet:

Mittelst Schreibens vom 6. d. M. hat die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein mir das von ihr gestiftete Erinnerungszeichen für die Feldzüge der Jahre 1848 und 1849 übersendet. Freudig ward ich durch diese Aufmerksamkeit überrascht, und mit dankbarem Herzen nahm ich dies Erinnerungszeichen an, welches mir einerseits die Zeit vor die Seele ruft, in der ich mit einem patrotischen, muthigen Volke für eine gerechte Sache kämpfte, andererseits auch mir den Beweis giebt, daß die muthigen Streiter ihres damaligen Kampfgenossen mit Theilnahme gedenken. Mag die Statthalterschaft dafür die Versicherung meiner, trotz aller über sie hereingebrochenen Ungunst der Zeit, unverändert lebendigen Sympathie entgegennehmen, so wie den aufrichtigen Wunsch, daß das hohe Glück, welches ein günstiges Schicksal mit meinen den Herzogthümern gewidmeten geringen persönlichen Diensten verband, sich in vollem Maaße dem bewährten wahrhaften Verdienste eines schwergeprüften deutschen Volksstammes bei seiner gerechten Vertheidigung zuwenden möge.

Koburg vom 13. November 1850.

(Gez.) Ernst, Herzog.

An die Statthalterschaft der Herzogthümer Schleswig-Holstein in Rendsburg. (Reform.)

Kopenhagen, 4. Dezember. Fädrelandet, das Organ der herrschenden Casino-Partei, zeigt große Besorgnisse über die Wirkung der Olmützer Uebereinkunft und der Verständigung zwischen Oesterreich und Preußen auf die bisher durchgeführte eider-dänische Politik. Von jedem von Preußen ausgehenden Vorschlage sei nur das Schlimmste für Dänemark zu erwarten. Oesterreich, das sich auf den Standpunkt des deutschen Bundes in Bezug auf die Verträge und die Verdammung des Aufruhrs stelle, werde, wenn es den Aufruhr als solchen unterdrückt und die Macht des legitimen Herrschers hergestellt sähe, eben so gut wie Preußen nach Popularität in Deutschland fischend, sich dem schleswig-holsteinischen Reiche so nahe als möglich anschließen. Oesterreich wolle nur das Ende des der Herstellung der Ruhe und des Bundesrechts widerstreitenden Aufruhrs, und habe Nichts gegen ein nur nominell unter Dänemark stehendes Schleswig-Holstein oder eine Art Gesammtstaat unter dem alten wakkelnden Grundgesetz. Wenn es wahr sei, daß Preußen vielleicht mit Hannover sich in Olmütz zur Besetzung Holsteins erboten, so sei ein preußisches Heer in Rendsburg ein eben so unleidlicher Nachbar für Dänemark, als jetzt Willisen's zusammengeraffte Bataillone.

Kjöbenhavnposten kommentirt und bestätigt diesen Artikel des Hauptorgans der Kriegs- und Inkorporations-Politik nicht ohne Schadenfreude; sie fragt, was die Regierung thun solle, was namentlich Herr Clausen über diesen Punkt meine? Dem General Krogh Befehl geben, Rendsburg zu erobern? Wie man es auch drehe und wende, so bleibe der Sinn der Theilnahme der Herren Clausen und Madvig oder der Casino-Partei an der Regierung doch Dänemarks immerwährender Kriegszustand mit 40,000 Mann, die immerfort gegen Deutschland auf Posten ständen, wie die österreichischen Militär-Kolonien gegen die Türken; denn eine dauernde feindselige Stellung gegen Deutschland sei unzertrennlich von einer feindseligen Stellung gegen Holstein. — Die Großmächte seien zufrieden mit der Erhaltung Dänemarks als Einheit gegen das Ausland und die Botschaft des Präsidenten Frankreichs spreche sogar von den Rechten der Herzogthümer, verwerfe also ziemlich deutlich die Pläne der dänischen Regierung. Ohne ausdrücklichen Befehl Rußlands und Frankreichs sei aber ganz ungereimt, vom deutschen Bunde eine Unterstützung der dänischen Casino-Politik zu erwarten.

Oesterreich.

8 **Wien**, 7. Dezbr. [Die Militär-Kamarilla.] Der k. k. Oberst-Lieutenant v. Babarczi hat seinen früheren Posten in der Militär-Centralkanzlei des Grafen Grünne in der Hofburg wieder eingenommen, als wäre gar Nichts vorgegangen; die Untersuchung gegen den Drucker der berüchtigten Broschüre, Herrn Della Torre, wurde bekanntlich niedergeschlagen und somit der berechtigte Ursprung der hochverrätherischen Schrift stillschweigend anerkannt. Diese Angelegenheit hat übrigens eine doppelte Bedeutung, indem sie nicht blos die Richtung signalisirt, welche am Hofe insgeheim vollste Billigung genießt, sondern auch den Beweis liefert, daß unsere Minister blos gegen die Nadelstiche des Radikalismus und die offene Sprache konstitutioneller Journale empfindlich sind, den Schmähungen der Kamarilla gegenüber jedoch die rührendste Unterwürfigkeit an den Tag legen. In jedem anderen Lande würden die vom Herrn Babarczy auf die niedrigste Weise verunglimpften Minister Bach und Schmerling augenblicklich ihre Entlassung eingereicht haben, falls nicht der Major Babarczy aus den Reihen des Heeres gestoßen würde. Doch selbst dann, wenn der Vorwand, daß die Broschüre ohne Vorwissen des Verfassers zum Druck befördert worden sei, Geltung haben sollte, so erheischt es die Ehrenpflicht gegen die Invektiven des frechen Pamphletisten einzuschreiten, da die in der Broschüre enthaltenen Beschimpfungen schon durch wörtliche oder schriftliche Mittheilung eine schwere Ehrenkränkung enthalten. Das Resultat der lehrreichen Erscheinung besteht darin, daß das Ministerium lediglich die konstitutionelle Komödie der Gegenwart veranschaulicht, indeß in der Militär-Kamarilla die gouvernementale Zukunft zu suchen ist, vor der das Ministerium ehrfurchtsvoll das Knie beugt.

Von der böhmischen Grenze. [Militärisches.] Es ist wieder ein Bataillon Infanterie vom Regiment Haugwitz in Teplitz eingerückt. Es ist nicht möglich, daß Truppen nach einem anstrengenden Winterfeldzuge sich in desolaterem Zustande befinden können, als diese anlangendan Italiener. Die Wenigsten haben Sohlen unter den Stiefeln, die Mehrzahl trägt den Hals eutblößt, und die Beinkleider nebst den fadenscheinigen Mänteln bedecken kaum die Blöße der Unglücklichen. Bis Peterswaldau liegt übrigens Alles voll Truppen in einem ähnlichen Zustande. Im Gasthause „zur Post" in Teplitz sind allein über 50 Mann einquartiert. Nichtsdestoweniger sind die Berichte, welche über die Truppenzahl ausgesprengt sind, in hohem Grade übertrieben. Es ist nach dem Urtheil Sachverständiger im höchsten Grade wahrscheinlich, daß die ganze versammelte Heermasse kaum 100,000 Mann übersteigt. Die am weitesten vorgeschobenen Truppen sind sämmtlich Kroaten, auf welche sich das Kommando am meisten verlassen zu können meint. Auch diese sind zerlumpt und verhungert. Sie betteln schaarenweise in den Grenzdörfern der Lausitz, und die gutmüthigen Bauernfamilien theilen mit ihnen Brot und Feldfrüchte. Bei meiner Durchreise durch Dresden kann ich Ihnen mittheilen, daß die Stimmung durch und durch preußisch ist. Uebrigens ist das Schloß von allem Werthvollen geräumt und die Dienerschaft versicherte, nicht mehr für 20 Personen Löffel und Gabeln zu besitzen. Der König selbst befindet sich auf halbem Wege zum Königstein, im Weinberg. (Const. Ztg.)

Ungeachtet der durch die Olmützer Konferenz eröffneten friedlichen Aussichten dauern die Truppenbewegungen im Oesterreichischen fort und werden immer mehr Streitkräfte herangezogen, namentlich auch die Grenzen von Oberschlesien jetzt stark besetzt. Den 3. und 4. d. Mts. sind wieder eine Menge Kroaten von Wien nach Böhmen dirigirt worden, seit dem 2. auch die in Galizien stehenden Truppen westwärts im Marsch begriffen. In österreichisch Oderberg und Umgegend ist für die nächsten Tage Einquartierung angekündigt; man erwartet daselbst das Regiment Schönhals. (C. C.)

Frankreich.

× **Paris**, 5. Dezbr. [Tagesbericht.] Angesichts der veränderten Situation in Deutschland, war es leicht vorherzusehen, daß die heutige Diskussion der National-Versammlung über den Gesetzentwurf, Betreffs der Einberufung der 40,000 Mann von keinem besonderen Interesse sein werde. Der Minister des Auswärtigen und der Berichterstatter Rémusat machten daher auch nur wenige Bemerkungen darüber, warum das Gouvernement auf der Annahme des Entwurfes beharre, obschon die Kriegschancen in Deutschland verschwunden sind. Das wahre Motiv habe ich Ihnen bereits gestern mitgetheilt: Die Ausführung der Maßregel ist einmal begonnen, und so muß sie auch zu Ende geführt werden. Das Gouvernement, welches das Votum der Versammlung über die Einberufung der 40,000 Mann nicht abgewartet hatte, würde sich nun in einer großen Verlegenheit befinden, wenn es den Kredit für die nöthig gewordenen Ausgaben nicht bewilligt erhielte, dieser Rücksicht haben die HH. Lahitte und Rémusat noch eine hinzugefügt, die aber von geringer Bedeutung erscheint: sie gaben nämlich zu verstehen, daß der Frieden zwischen Preußen und Oesterreich gegenwärtig wohl zu Stande kommen könne, weil beide Mächte die Unmöglichkeit einsehen, den Feldzug zu Anfang des Winters zu eröffnen; daß man jedoch zum Frühling von der einen oder der andern Seite wieder zu den Waffen greifen könnte.

Dieses Argument scheint uns wenig zu bedeuten. Wie dem nun aber auch sei, die Nat.-Versammlung hat nichts mehr verlangt, und sie bewilligte den Kredit mit 466 gegen 213 Stimmen.

Wie es übrigens scheint, wird das Gouvernement, trotz des ihm bewilligten Kredits, die Ost-Garnisonen doch nicht verstärken, und eine fast eben so große Anzahl Soldaten, wie die der neu einberufenen aus dem Dienste entlassen, um die Balance herzustellen.

Außerhalb der Versammlung giebt es in diesem Augenblicke auch nicht einmal ein erwähnenswerthes Gerücht. Niemals ist die Stagnation vollständiger gewesen, als jetzt, selbst nicht während der Ferien des Parlaments.

Provinzial-Zeitung.

Durch die bereits erfolgte Berufung des Professors Bunsen aus Marburg an die Breslauer Universität, woderselbe zu Ostern den durch den Tod des Professors Fischer erledigten Lehrstuhl der Chemie einnehmen wird, dürften auch die schlesischen Hüttenbergwerke, wofür Herr Bunsen ganz besonders ein lebhaftes Interesse hat, einen Gewinn erzielt haben. Herr Bunsen hat sich in der wissenschaftlichen Welt besonders einen Ruf durch seine Reisen nach Italien und durch seine Untersuchungen über Hüttengase erworben. (Ref.)

Neurode, 5. Dezember. [Zustände an der Grenze.] Von der Zuneigung der ungarischen und italienischen Soldaten für Preußen wird längs der schlesischen Grenze viel erzählt und durch die Aussagen der Ueberläufer (deren am 3. d. M. fünf Infanteristen vom Regiment Fürst von Warschau nach Reinerz gelangten, und dort entwaffnet wurden) bestätigt. Von Gebildeten aus dem nahen Böhmen hört man kein den Krieg gegen Preußen billigendes Wort, nur das dort auf einer noch niedrigen Kulturstufe stehende Landvolk ist gegen „die Preusa" aufgebracht, weil sie nicht thun, was der Kaiser will. Wie seltsam in dieser Klasse die Olmützer Konferenz ausgelegt wird, davon giebt folgende Aeußerung eines böhmischen Landbewohners zu einem meiner Freunde einen Beweis: „Zum Kriege kommt's nicht, meinte er, denn der König hoat zu Olmütz vorm Koaser an Fußfall gethon." — Unsere letzte Einquartierung (500 Mann Infanterie) war guten Muthes. Gegenwärtig haben wir eine Husarenpatrouille, welche die Grenzgegenden von hier aus durchstreift. Unsere Stadtverordneten haben in ihrer gestrigen Sitzung den Beschluß gefaßt, daß auch diejenigen Miether, welche jährlich 2 Thaler und mehr Kommunalsteuer zahlen, verhältnißmäßig die Einquartierungslast mit tragen sollen, eine Billigkeit, die nur dem einleuchtend wird, wer die Verhältnisse so vieler hiesiger Hausbesitzer kennt.

6. Dezember. Heute Morgen gingen von den aus unserer Stadt zur Schanzarbeit nach Glaz beorderten 100 Mann, 70 Mann nach Glaz ab, welche zwei Tage lang auf Kosten der Kommune daselbst zu arbeiten haben. — Gestern kamen Quartiermacher nach dem benachbarten (böhmischen) Braunau, denenzufolge diese bis jetzt noch militärisch unbesetzte Gegend stark besetzt werden soll. (Hausfr.)

* **Löwenberg**, im Dezember. [Tagesbericht.] Um 3 Uhr früh den 29. November kamen aus Fischbach hier an die beiden indischen Kanonen und wurden von hier, jede mit achtspänniger Extrapost nach Bunzlau gebracht, von wo sie mittelst der Eisenbahn nach Berlin befördert wurden. Dieselben sind ein Geschenk, welches die Königin von England dem im Jahre 1849 verstorbenen Prinzen Waldemar gemacht hat, zur Erinnerung an die siegreichen Kämpfe der englisch-ostindischen Armee gegen die Shikstaaten im Herbst 1845, da der Prinz in den Reihen der ersteren den alten Ruhm der Tapferkeit der Hohenzollern bewährt hat. Prinz Wilhelm königl. Hoheit, der Vater des im hoffnungsvollsten Lebensalter entschlafenen Waldemar, hatte diese Kanonen im vorigen Jahre nach Fischbach bringen lassen, welches seit langen Jahren sein Wohnort in den Sommermonaten ist. — Die fortwährenden Aushebungen beunruhigen beständig die Bewohner unserer Gegend. Am 6. Dez. sind ebenfalls 400 Mann des 2ten Aufgebots des hiesigen Landwehr-Regiments nach Schweidnitz ausgerückt unter Führung des Kreisrichters Andersek aus Liebenthal. Von dem hiesigen Bürger-Verein für Gesetz und Ordnung ist ein Komité ernannt worden, welches freiwillige Beiträge sammelt zum Ankauf von Winterbekleidungsstücken für die ausgerückten Landwehrmänner. Kaum hatte man die Nachricht von dem bevorstehen Ausmarsche der 400 Mann vernommen, und sogleich wurden 30 und mehrere Rthlr. von edlen Gebern zusammengebracht, davon 300 und einige 70 Paar Fußlappen angekauft und den braven Wehrleuten übergeben. Die Mannschaften beider Aufgebote haben bei der Einberufung abermals jenen guten Geist und jene strenge Disziplin bewährt, in welche der preußische Soldat stets seinen höchsten Ruhm gesetzt hat. — In zwei der letzten Stadtverordneten-Versammlungen hierselbst wurde bei der Prüfung der Etats für das Jahr 1851 der Posten von 100 Rtl. für den Prediger der hiesigen freien Gemeinde, Hrn. Krebs, der Gegenstand einer sehr lebhaften Debatte. Man einigte sich endlich dahin, in dieser Sache ein Rechtsgutachten des Herrn Justizrath Franzki nachzusuchen und nach dessen Eingang Beschluß zu fassen. — Die österreichisch-italienischen Truppen sind von der böhmischen Grenze zurückgezogen worden, dem Vernehmen nach in der Befürchtung vor zu starken Desertionen über die Grenzen. Löwenberg ist auch gegenwärtig noch ohne militärische Besatzung. Eine wahrscheinlich nur kurze Zeit dauernde Erholung für die hiesigen seit fast 3 Jahren mit Einquartierung belasteten Hausbesitzer. — Am 21. Oktober starb in dem zur Herrschaft Braunau gehörigen Dorfe Nieder-Weinberg eine Gärtnersfrau an einer Krankheit, welche Sachverständige für die Cholera erklärten, und darum wurden von der Sanitäts-Polizei vor und während des Begräbnisses Vorsichtsmaßregeln angeordnet. Einen eigenthümlichen Anblick gewährte es am Begräbnißtage, als die Sargträger und männlichen Trauergenossen mit brennenden Cigarren vom Kirchhofe heimkehrten. In entgegengesetzter Richtung, nämlich in dem südöstlich von Nieder-Weinberg gelegenen Dorfe Langenau ist am 24. November der Stellmacher Chr. Scholz an der Cholera gestorben laut offizieller Anzeige des Kreisphysikus. Beide Dörfer, und dieser Umstand verdient hervorgehoben zu werden, liegen an den Ufern des Bober. — Das hiesige Landrathamt hat an Stelle des nach Berlin in die zweite Kammer abgegangenen Grafen v. Poninski der Regierungs-Asseffor v. Elsner übernommen und wird dasselbe auch nach erfolgter Rückkehr des ersteren weiter fortführen. Herr v. Elsner hat bereits im Mai d. J. das hiesige Landrathamt auf drei Wochen zu leiten gehabt und hat sich in dieser kurzen Zeit das Vertrauen aller Kreis-Insassen erworben, um so erwünschter ist es denselben, die erwähnte Persönlichkeit mit der Leitung des landräthlichen Bureaus betraut zu wissen.

** **Görlitz**, 7. Dezember. [Einquartierungs-Sache. — Unterstützung der Angehörigen der Landwehrmänner.] Unter anderen Gegenständen beschäftigte sich unsere Stadtverordneten-Versammlung in ihrer gestrigen Sitzung hauptsächlich mit der Regelung des Einquartierungswesens, und mit der verhältnißmäßig gleichen Vertheilung der in dieser Beziehung nicht unbedeutenden, für die ärmeren Hausbesitzer fast unerschwinglichen Lasten. Da die Truppen gegenwärtig noch fortwährend mit Verpflegung angesagt sind, und durchschnittlich die doppelte Zahl Soldaten gegen frühere Zeit gerechnet auf ein Haus kommen, so daß die kleineren Häuser mindestens 2, die größeren bis 40 Mann erhalten, überdies die durch die Mobilmachung eingetretene Stockung im Verkehre die Nahrungslosigkeit steigert und die Beschaffung der nothwendigen Naturalien für die ärmeren Leute erschwert, war es ganz angemessen, daß die Versammlung einstweilen die Summe von 200 Rthl. zur vorschußweisen Zahlung auf den zu erstattenden Servis auswarf. Zahlungsordre erfolgt auf Grund von Bescheinigung des betreffendan Armen-Vorstehers. In Bezug auf die Zahl der Mannschaften ward beschlossen, die vorgeschlagene Skala von 50 Rthl. zu 50 Rthl. Ertrag des Hauses steigend anzunehmen, so daß für jedes volle 50 Rtl. Einkommen 1 Mann mehr Einquartierung erfolgt, im Uebrigen aber auch die kleineren Häuser unter 50 Thaler Ertrag ebenfalls 1 Mann zu erhalten haben, und zwar ohne irgend einen Vorzug zu gestatten. Ferner wurde genehmigt, die Besitzer von Stadt-Gärten und Vorwerken nach dem Verhältniß zur Einquartierung heranzuziehen, daß außer dem Ertrag ihrer Gehöfte auch ihre Grundstücke und Felder zu 5 Thaler pro Morgen zu veranschlagen und zu berechnen sind, endlich daß auch die außerhalb des jetzigen Garnisons-Rayons belegenen Grundstücke in gegenwärtiger Zeit mit Einquartierung zu belegen seien. Die sogenannten eremten Grundstücke werden nach der Veranlagung von 5 Thlr. pro Morgen ebenfalls mit Mannschaften versehen. In Hinsicht der Miether endlich beschloß die Versammlung, selbige erst von da ab mit Einquartierung zu belegen, wenn die Hausbesitzer nach dem vorgenommenen Modus zu 50 Thaler einfach bequartiert sind, und in diesem Falle nach gleichen Grundsätzen wie bei den Hausbesitzern zu verfahren, mit der Maßgabe, daß die Geschäfts-Lokale und Werkstätten als Miethsertrag zu berechnen sind, Beträge unter 50 Thlr. aber nicht berechnet werden. — Der Magistrat hatte zur Deckung der enormen Kosten, welche die Versorgung der unterstützungsbedürftigen Familien von Landwehrleuten 1. und 2. Aufgebots und Reservisten, auch in hiesiger Stadt beansprucht, und welche durch freiwillige anerkennenswerthe Beiträge bis jetzt keineswegs gedeckt sind, eine Armensteuer ausgeschrieben werde. Die Versammlung dagen glaubte auf die Theilnahme der städtischen Bevölkerung mit Sicherheit rechnen zu können und beschloß vorläufig nur mit Hinweis auf eine aufzulegende Armensteuer, Listen herumtragen zu lassen, worin zu regelmäßigen freiwilligen Beiträgen aufgefordert werden soll.

Mannigfaltiges.

— (Berlin, 7. Dezbr.) Das in den Zeitungen bereits erwähnte Schreiben des wirkl. geh. Raths A. v. Humboldt an den hiesigen Verein für Auswanderung und Kolonisation, welcher den berühmten Gelehrten um Verwendung seines Einflusses im Interesse der Vereinsbestrebungen angegangen hatte, lautet wörtlich wie folgt:

„An die Herren Mitglieder des provisor. Comité's der Berliner Colonisat.-Gesellschaft für Central-Amerika.

Potsdam, 7. November 1850.

Den ausgezeichneten Männern, welche großartige Ansichten über den erweiterten Weltverkehr und die wohlthätige Leitung deutscher Auswanderer in das Comité der Berliner Kolonisations-Gesellschaft für Central-Amerika vereinigt haben, sage ich meinen gehorsamsten und innigsten Dank für das freundliche Schreiben vom 30. Oktober, mit dem Sie mich beehrt haben. So tief bewegt auch in dem jetzigen Augenblick das Staatsleben ist, so zweifle ich doch nicht, daß des Königs Majestät Interesse für ein so patriotisches und gemeinnütziges Unternehmen bezeigen werden. Es ist mir eine besondere Freude, die Gründe nach meinen schwachen Kräften geltend zu machen, die durch meine eigenen Erfahrungen bekräftigt werden. Schon jetzt hat das Unternehmen Früchte getragen, indem es zu so interessanten Forschungen über die Erdgestaltung, das Klima und die Naturerzeugnisse eines schönen Theils der Tropenregion Anlaß gegeben hat.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung habe ich die Ehre zu verharren Ew. Hochwohlgeboren gehorsamster

(gez.) Alexander v. Humboldt."

Zur Vergleichung mit dem Vorstehenden, von der edelsten Humanität Zeugniß gebenden Antwortsschreiben mag hier eine Erklärung ihre Veröffentlichung erhalten, welche ein anderer preußischer Edelmann, dessen Name Deutschland mit nicht geringerem Stolze den seinen nennt, wie Europa den Alex. v. Humboldts. Der Verfasser ist der Sohn des Feldmarschalls Grafen Gneisenau. Sein Schreiben lautet wörtlich dahin:

„Auf das geehrte Schreiben vom 20. Oktober d. J. erlaube ich mir ergebenst zu erwiedern, daß meine Ansichten über die Vortheile einer Ansiedelung in Central-Amerika mit den in dem Schreiben ausgesprochenen keineswegs übereinstimmen, und daß in der Art, wie deutsche Sitte und Nationalität seit 2½ Jahren sich gezeigt haben, ich keine Aufforderung finden kann, für deren Erhaltung und Verbreitung mein Geld zu verwenden, welches bei den bevorstehenden Ereignissen ich wahrscheinlich anderweit nothwendig brauchen werde.

Uebrigens liegt das Bedürfniß solcher Ansiedelungen gegenwärtig auch weniger nahe, da der bevorstehende Krieg, wenn er auch sonst wenig Vortheile darbietet, doch wenigstens den Nutzen haben wird, Deutschland von einem Theile seiner Bevölkerung zu befreien. Ich bedauere daher, an dem Unternehmen mich nicht betheiligen zu können.

Sommerschenburg, den 12. November 1850.

(gez.) Graf von Gneisenau."

— * Die „erste deutsche Doktordisputation", welche bekanntlich jüngst in Breslau stattgefunden, macht nun förmlich die Runde durch alle deutschen Journale. Hat sich doch der Vorstand des Potsdamer Vereins für deutsche Sprache sogar bewogen gefunden, diesen „Aktus" für eine von allen Freunden unserer Muttersprache als eine hocherfreulich zu begrüßende Thatsache speziell und öffentlich zu erklären! Man meint, daß dieser wichtige Schritt auf dem Gebiete der Gelehrtenwelt nicht geringere Nachfolge finden werde, als der des berühmten Christian Thomasius, welcher im Jahre 1687 „zum großen Erstaunen seiner Kollegen" anfing, Vorlesungen in deutscher Sprache zu halten. Damals habe Leipzig, jetzt Breslau die Ehre gehabt, die Stätte zu sein, wo gelehrte Männer die tausendjährigen (?) Fesseln des Vorurtheils und der Sprachknechtschaft öffentlich abwarfen, und das verkümmerte Recht unserer Muttersprache freimüthig anerkannten.

— [Das Eldorado der Zeitungen.] In Pennsylvanien, einem Staate von ungefähr anderthalb Millionen Einwohnern, erscheinen jetzt nicht weniger als 318 tägliche Zeitungen und Wochenblätter, sechs Monatsschriften, 25 sogenannte „Magazine" in monatlichen Heften und 5 Vierteljahrsschriften. — In dem erst vor wenigen Jahren entstandenen Milwaukie werden bereits sechs tägliche Zeitungen, worunter zwei in deutscher Sprache, herausgegeben.

— [Die indianischen Vogelnester], welche einen wichtigen Handelsartikel, besonders nach China, bilden, werden in besonderer Güte auf der zu Java gehörenden Insel Madura gewonnen. Die Eingeborenen, welche zum Suchen der Nester gedungen werden, kriechen mit von Bambusleitern in die tiefsten Schlünde, nachdem sie vorher entkleidet sind, um nichts entwenden zu können. Ein Priester spricht den Segen über sie, ehe sie an ihr gefährliches Werk gehen; nach ihrer Zurückkunft folgt dann ein Dankgebet. Die Nester selbst werden von einer kleinen Schwalbenart (Hirundo esculenta) mit graublauem Gefieder gebaut, sind von weißlicher Farbe und haben eine etwas längliche Form. Gekocht lösen sie sich in schleimige Fäden auseinander und werden bekanntlich zu Pasteten und dergl. gebraucht. Die Schwalben bauen ihre Nester in großer Menge gemeinschaftlich in den tiefsten Spalten der Felsen, am häufigsten in der Nähe des Meeres.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Monats-Uebersicht der preußischen Bank,
gemäß § 99 der Bank-Ordnung vom 5. Oktober 1846.

	Aktiva.	
1)	Geprägtes Geld und Barren	11,093,300 Rthlr.
2)	Kassen-Anweisungen und Darlehns-Kassen-Scheine	2,411,100 „
3)	Wechsel-Bestände	14,219,300 „
4)	Lombard-Bestände	11,252,800 „
5)	Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	19,029,200 „
	Passiva.	
6)	Banknoten im Umlauf	18,585,900 „
7)	Depositen-Kapitalien	22,959,400 „
8)	Guthaben der Staatskassen, Institute und Privat-Personen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs	3,802,100 „

Berlin, den 30. November 1850.

Königl. preuß. Haupt-Bank-Direktorium.

(gez.) von Lamprecht. Witt. Reichenbach. Meyen. Schmidt. Woywod.

In Folge der Mißernte der Cichorienwurzel hat der Administrations-Rath des Königreichs Polen die Einfuhr dieses Rohprodukts in Polen erlaubt und zwar gegen Erlegung einer Steuer von 24 Kopek. Silber für das Pud (= 40 Pfund.). (C. C.)

Nach den Rechnungsabschlüssen über den der Staaskasse zugefallenen Antheil an dem aus den Geschäften der preußischen Bank sich ergebenden Gewinne, war der Gesammtbetrag des für den Staat in den drei Jahren 1847—1849 erwachsenen Gewinnantheils 330,935 Rtl. 3 Sgr. Das Jahr 1847 ergab mehr als das Doppelte des im Jahre 1848 erzielten Gewinnes: 1847, 162,991 Rtl. 10 Sgr. 1 Pf. — 1848, 81,042 Rtl. 4 Sgr. 1 Pf. Das Jahr 1849 ergab eine Steigerung von 86,901 Rtl. 18 Sgr.

Markt-Preise.

Breslau am 9. Dezember 1850.

	feinste	feine	mit.	ordin. Waare	
Weißer Weizen	55	53	51	47	Sgr.
Gelber dito	53	51	50	47	„
Roggen	43	41	40	38	„
Gerste	30	28	26	25	„
Hafer	26½	25½	24½	24	„
Rothe Kleesaat	11½	10⅚	10	8—9	Rtl.
Weiße Kleesaat	11	10	9	7—8	Rtl.
Spiritus	7¼ Rtl. Gld.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 7. Dezember. Die Haltung der Börse war heute merklich matter, doch waren die Course bei sehr geringem Geschäft nicht wesentlich niedriger.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½% 93 à ¾ bez., Priorität 5% 100¼ Gl. Krakau-Oberschlesische 4% 62 à 63 geb., Priorität 4% — — Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 33¾, ½ à ¼ bez., Priorität 5% — — Niederschlesisch-Märkische 3½% 79¾ bez., Priorität 4% 90½ bez., Priorität 5% 100½ Gld., Serie III. 5% 99½ Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% — — Oberschlesische Litt. A. 3½% 107½ à ¾ bez., Litt. B. 3½% 103½ bez. — Geld- und Fond-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5% 103 à ⅛ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½% 81½ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 119 bez. Posener Pfandbriefe 4% 99¼ Gld., 3½% 87½ Gld. Preußische Bank-Antheile 91⅛ à 91 bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 95½ Br., neue 4% 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 79 Gld., à 300 Fl. 136 Gld.

Wiener Börse, 7. Dezember. Stoff gäbe es genug, zwar nicht über das leblose Geschäft, sondern über manche Vorfälle in diesen sonst lebhaften, jetzt todten Räumen. — Daß, ungeachtet der friedlichen Versicherungen und der Säuberung der Winkelbörse, die Devisen- und Comptanten-Course nicht sinken, ist ein bedeutsames Zeichen.

London 12. 40.; Hamburg 191; Augsburg 129½; Gold 136; Silber 129.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.

Redakteur: Nimbs.